



Haushaltsberatungen - Sorgen der Grünen

In Neu-Anspach gibt es aktuell eine ganze Reihe von ehrenamtlichen Stadtverordneten, Magistraten und engagierten Parteienvertretern, die ob der defizitären Haushaltsituation schlecht schlafen.

Nach der erwartungsgemäßen Ablehnung des eingereichten Haushaltes durch den Landrat melden sich nun insbesondere die Grünen zu Wort und kritisieren die Ablehnung von vor-schnellen Sonderaktionen des Haupt- und Finanzausschusses. SPD, b-now und Linke hatten eine Sondersitzung gemeinsam abgelehnt. Nun unterstellen die Grünen, dass man damit die Verantwortung für weitere Sparmaßnahmen oder gar Steuererhöhungen auf eine über-geordnete Behörde schieben wolle.

„Gerade das Gegenteil ist der Fall! Wir diskutieren alle nur denkbaren Ansätze und Mög-lichkeiten und arbeiten darauf hin, primär die Ausgabenseite der Stadt zu analysieren und hier zu reduzieren.“ „Ferner sind wir davon überzeugt, dass weder der Landrat noch die letztlich zuständige Regierungspräsidentin ein Interesse daran haben, in die politische Wil-lensbildung in Neu-Anspach einzugreifen - zumal wir gerade vor einem Wechsel im Amt des Bürgermeisters stehen und ab 1. Juli mit Thomas Pauli ein ausgewiesener Finanzfachmann diese Aufgabe übernimmt“ erläutert Bernd Töpferwien für die b-now.

Im Ablehnungsschreiben zum defizitären Haushalts greift Landrat Krebs die Erkenntnis auf , dass Neu-Anspach kein Einnahme- sondern offensichtlich ein Ausgabenproblem hat. „Um hierfür Ursachen zu finden und Ansätze für Verbesserungen zu erkennen, hilft kaum eine detaillierte Auflistung aller einzelnen Positionen im Haushalt, wie sie nach Meinung der Grünen als Erkenntnis aus einem Seminar bei der Verwaltungsfachschule abzuleiten wäre. Das ist viel zu kurz gesprungen, denn es muss auch intensiv geprüft werden, ob Ausgaben notwendig und gerechtfertigt sind“ ist man sich bei SPD, b-now und Linken einig.

„Es ist unverantwortlich, jetzt den Haushalt in einem Hau-Ruck-Verfahren ausgleichen zu wollen. Vor drastischen Einschnitten sollte mit den Betroffenen diskutiert und jeder ein-zelne Schritt auf seine Sozialverträglichkeit hin überprüft werden. In Neu-Anspach darf sich keine soziale Ungerechtigkeit ausbreiten!“, ergänzt der Parteivorsitzende der SPD Kevin Kulp.

Da in den Haushaltsdebatten im Januar bereits drastische Einschnitte vorgenommen wur-den, um das ursprüngliche Defizit von 4,6 Mio. Euro auf 1,8 Mio. Euro zu reduzieren, rei-chen die ergriffenen Maßnahmen bei weitem noch nicht, um den Haushalt 2017 ausglei-chen zu können. Gegenüber den bisherigen Diskussionen wären noch erheblich deutlichere Einschnitte nötig, was den Bürgern aber nicht zugemutet werden kann.

„Für das laufende Jahr sehen wir einen ausgeglichenen Haushalt als nicht machbar an, da wir erkannt haben, dass dieser Versuch zu unvermeidbaren sozialen Härten führen würde“ betont Hermann Schaus und ergänzt „in Gesprächen mit ausgewiesenen Fachleuten sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoll ist, sich besser auf die Haushalte der nächsten zwei Jahre zu konzentrieren und hier Konzepte aufzustellen, die die Ausgaben der Stadt einerseits minimieren und jede zusätzliche Belastung der Bürger andererseits möglichst gering halten“.

Diese Strategie soll nun dem Landrat vorschlagen werden. Da in diesem Jahr schon in Lan-gen ein defizitärer Haushalt für 2017 genehmigt wurde, ist dieser Ansatz sicher nicht von der Hand zu weisen.